



ag arbeit in Baden-Württemberg c/o Diakonisches Werk, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart

Bericht zu den Aktivitäten der AG Arbeit in 2018

Der Vorstand setzt sich zusammen aus

Vorstandsvorsitzender OKR Dieter Kaufmann, als Stellvertreter Clemens Litterst und Ralf Nuglisch
sowie für die Einzelmitglieder Andreas Hammer (Pforzheim), Wolfgang Lutz (Heidenheim), Karin Woyta (Göppingen),
für die Kommunalen Spitzenverbände ist Herr Herdes (Landkreistag) beratendes Vorstandsmitglied,

Für die badischen Verbände von Diakonie und Caritas sind die dortigen Fachreferenten als Gäste eingeladen.

Die Mitglieder des Fachforums, laut Satzung die Vertreter der Einzelmitglieder in der AG.A, sind ebenfalls regelmäßig zu den Vorstandssitzungen eingeladen.

Für das Jahr 2018 wurden vier reguläre Vorstandssitzungen vereinbart, die am 14.2., 09.5., 13.9. und dem heutigen Mittag stattgefunden haben bzw. stattfinden.

Die AG Arbeit hat die arbeitsmarktpolitische Vertretung und Aktivitäten auf der Landesebene für die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg übernommen.

Die Kooperation zwischen Liga / Fachausschuss Arbeit und Existenzsicherung mit der AG.A soll zukünftig noch aktiver gestaltet und genutzt werden. Die Verbindung in deren Fachausschuss Arbeit und Existenzsicherung wird bisher von den Vorstandsmitgliedern wahrgenommen, die gleichzeitig Mitglieder im Liga-Fachausschuss sind.

Landesarbeitsmarktpolitik

Der Kontakt zum Ministerium für Wirtschaft Arbeit und Wohnungsbau, dem dort zuständigen Fachreferat 25 „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ ist inzwischen mittlerweile sehr stabil. Anfang Dezember soll an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit ein Workshop durchgeführt werden, in dem die kooperativen Ansätze des Landesarbeitsmarktprogramms auf eine mögliche Weiterentwicklung geprüft werden sollen.

„Pro Arbeit 2018“

Am 1. März wurde gemeinsam mit den Bundesfachverbänden EFAS (Diakonie) und IDA (Caritas) sowie dem Gesamtverband des Paritätischen die jährliche Fachtagung „Pro Arbeit: Befähigende Arbeitsmarktpolitik – Neue Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit“ durchgeführt. Diese Veranstaltung fand ebenfalls in Kooperation mit den Stuttgarter Beschäftigungsträgern statt, die am folgenden Tag ihre Arbeit und Projekte vorgestellt hatten.

Diese Veranstaltung in der Folge der früheren „Pro Arbeit“ genießt mittlerweile überregionale Aufmerksamkeit.

Dabei wurde die seit Jahren geforderte Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik auf einen befähigenden Ansatz ins Zentrum der Debatte gestellt und anhand der Präsentation von Projekten veranschaulicht, die im Rahmen des Landearbeitsmarktprogramms diesen Ansatz operationalisiert haben. In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde die Frage diskutiert, ob eine armutsfeste Grundsicherung den Menschen die Selbstwirksamkeit und Ressourcen für eine eigenständige Lebensplanung ermöglichen würde.

- Diese Diskussion kann angesichts der in den letzten zwei Wochen aufgeflammtten Diskussion über eine „Überwindung von Hartz IV“ eventuell eine überraschende Aktualität bekommen.

Umsetzung des Landesarbeitsmarktprogrammes

- **PAT**

Der PAT- + -Baustein des Landesprogrammes wird verstärkt über den § 16e des SGB II finanziert, über den jetzt auch die sozialpädagogische Unterstützung finanziert wird.

Von Seiten der AG.A lange geplante Umfrage zur Vergütung der begleitenden Unterstützung wurde soeben abgeschlossen und wird hier erstmals vorgestellt.

- **Erwerbslosenberatung / Erwerbslosentagung**

In Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitsloseninitiativen wurde auch der Ansatz der unabhängigen Arbeitslosenberatung gegenüber dem Wirtschaftsministerium vertreten und begleitet.

Auch die unabhängigen Arbeitslosenberatungsstellen begreifen ihre Arbeit als eine befähigende Unterstützung und lassen sich damit unmittelbar an die Arbeit der Beschäftigungsträger anschließen.

Im Jahr 2018 hat sich die AG.A erneut an der Unterstützung und Durchführung der Erwerbslosentagung in Bad Boll beteiligt und auch den Solidaritätsmarsch einer Gruppe Betroffener im Vorfeld der Tagung mit gefördert. Die Vertreter dieser „Zukunftswerkstatt Solidarität“ haben in der Vorstandssitzung im September von ihrem Engagement berichtet. – Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass sich die AG.A nicht nur als Vertretung der Maßnahmeträger und sozialen

Beschäftigungsunternehmen begreift, sondern auch Sprachrohr und Anwalt von Arbeitslosen sein will.

Allgemeine Entwicklungen

Bundespolitik

Das Jahr 2018 war bis zur Jahresmitte für die Agenturen und Jobcenter durch die späte Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 und die damit verbundene vorläufige Haushaltsführung geprägt. Allerdings wurde bereits mit dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung im März ein neues Instrument für öffentlich geförderte Beschäftigung von langzeitarbeitslosen angekündigt. Mit dem Teilhabechancengesetz wurde dieses neue Instrument am 8.11. in 2. und 3. Lesung im Bundestag verabschiedet.

Im Vorfeld hat sich die AG Arbeit zusammen mit anderen Verbänden und Akteuren intensiv um eine Verbesserung des ursprünglichen Gesetzentwurfes bemüht. Zwischen den Vorstandsmitgliedern wurde ein Positionspapier abgestimmt und verabschiedet, das insbesondere der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion Katja Mast in einer Telefonkonferenz vorgetragen wurde.

Mit dem jetzt verabschiedeten Entwurf sind erhebliche Verbesserungen hinsichtlich der Rahmenbedingungen dieses neuen §16 SGB II erreicht worden. Eine bittere Pille bleibt allerdings, dass die sozialen Beschäftigungsunternehmen die beschäftigungsbegleitende Unterstützung ihrer beschäftigten nicht selber durchführen dürfen.

Flüchtlinge / Migration

Mittlerweile sind die meisten Asylverfahren der Flüchtlinge aus dem Jahr 2015 abgeschlossen und die Flüchtlinge mit einem dauerhaften Aufenthaltsstatus werden jetzt von den Jobcentern im Rechtskreis des SGB II betreut. Dadurch steigen allerdings auch seit Monaten die Zahlen der Leistungsberechtigten und Bedarfsgemeinschaften im SGB II. Die Aufgabe der Zukunft wird sein, die Menschen nach Abschluss der Integrations- und Sprachkurse gezielt weiter zu unterstützen, denn bisher fehlt ein entsprechend passgenaues Angebot im SGB II weitgehend.